

## **Rede von Frank Kuschel 8.12.2016 (Plenarprotokoll 6/69)**

### **Thüringer Gesetz zur Änderung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen zur energetischen Sanierung und weiterer kommunalrechtlicher Bestimmungen**

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 6/2729

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bereits die Berichterstatteerin darauf verwiesen hat, geht es heute um eine Verlängerung der Frist im Zusammenhang mit einer Regelung, die wir schon bei ihrer ersten Einführung in die Thüringer Kommunalordnung für sinnvoll und hilfreich gehalten haben. Es geht um Maßnahmen der energetischen Sanierung, insbesondere was Straßenbeleuchtung betrifft, aber auch andere energetische Maßnahmen zur Einsparung von Energiekosten. Diese Regelung, noch mal zur Klarstellung für die Öffentlichkeit, gilt auch für Kommunen in einer angespannten Finanzsituation. Die können das auch kreditfinanziert machen, wenn sie eigentlich nicht mehr kreditwürdig sind, und zwar unter der Voraussetzung, dass sie nachweisen, dass die Einsparungen höher sind als der notwendige Kapitaldienst zur Bedienung dieser Kredite. Eine derartige differenzierte Regelung, was die Kreditaufnahme betrifft, zwischen sogenannten rentierlichen Investitionen und sonstigen Investitionen halten wir für sinnvoll. Sie gelten zunächst erst mal jetzt nur für den energetischen Bereich. Wir müssen, wenn wir noch mal die Gesamtreform der Thüringer Kommunalordnung in Angriff nehmen – das ist ein Vorhaben der Koalition – prinzipiell dazu eine Entscheidung treffen, ob wir eine solche Regelung auch für andere Bereiche vorsehen, wo die Gemeinden die Rentierlichkeit nachweisen können.

Innerhalb der Beschäftigung mit dem Gesetzentwurf ging es auch noch mal um die Frage: Wie machen wir diese Regelung für Gemeinden, die keine Haushaltssatzung haben? Weil auch diese Kreditaufnahme nur im Zusammenhang mit einer Haushaltssatzung, einem Haushaltsplan geht. Wir hatten bereits 2015 die Situation, dass 71 Kommunen keinen Haushalt hatten. Die konnten bisher diese Regelung nicht in Anspruch nehmen. Sie ist aber gerade für diese Gemeinden wichtig, weil über derartige Situationen Kosten eingespart werden können, die auch ein Beitrag dazu sind, dass die Gemeinde wieder in eine geordnete Haushaltswirtschaft kommt. Die Landesregierung hat einen Weg aufgezeigt, der für uns gangbar erscheint, dass nämlich in der Haushaltssatzung und im Haushaltsplan die entsprechenden Haushaltspotenziale, die durch so eine rentierliche Investition entstehen, dargestellt werden können; und wenn das zum Haushaltsausgleich führt, dann der Haushalt genehmigungspflichtig ist, auch wenn er im Grunde genommen eine Annahme beinhaltet, dass nämlich über diese zusätzliche Kreditaufnahme und Investitionen dann in dem laufenden und den folgenden Haushaltsjahren die entsprechenden Einsparungen beim Energieverbrauch erzielt werden. Wir danken der Landesregierung, dass so ein pragmatischer Weg gefunden wurde. Die betroffenen Kommunen – gehen wir davon aus – wissen jetzt, wie sie an derartige Investitionen herangehen können, und es ist besonders gut, dass es eben auch für Kommunen zutrifft, die sich in einer angespannten Haushaltssituation befinden. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf selbstverständlich zustimmen. Danke.

*(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*